

30./III. 1916.

Große Berliner Straßenbahn.

In der heutigen Generalversammlung waren 177 911 Stimmen mit einem Aktienkapital von 53,37 Mill. M. vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Geheimrat Arnold den dahingeshiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Emil Rathenau und Kühlwein warme, ehrende Gedächtnisworte. Sodann ergriff zum Geschäftsbericht der Aktionär Beer das Wort. Er führte unter Hinweis auf das wenig befriedigende Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres aus, daß zwecks Hebung der Rentabilität eine Erweiterung der Tätigkeit des Unternehmens durch Aufnahme des Gütertransports notwendig sei. Besonders habe er den Verkehr mit den Berliner Häfen im Auge. Ein anderer Aktionär verlangte Aufklärung über die Zusammensetzung der in der Bilanz aufgeführten Guthaben. Der Bankier Daniel, der als dritter Aktionär das Wort im Geschäftsbericht nahm, sprach sich mit Befriedigung über die Fassung des Jahresberichts aus, betonte aber, daß für die Zukunft die Erhöhung der Tarife eine unumgängliche Notwendigkeit sei. Gegenüber den gewaltigen steuerlichen und sozialen Lasten, die der Gesellschaft in der kommenden Friedenszeit harren, sei eine Besserung der Rentabilität einzig und allein hierin zu erblicken. Einer Betätigung im Güterverkehr sei dagegen zu widerraten, da sich hieraus lokale Schwierigkeiten in starkem Umfange ergäben und außerdem neue größere Ausgaben damit verknüpft seien.

In Beantwortung dieser Anfragen erklärte die Verwaltung, daß sie sich von einer Aufnahme des Güterverkehrs wesentliche Einnahmen der Gesellschaft nicht verspreche, da ein solcher naturgemäß nur in den wenigen Nachtstunden möglich sei. Außerdem wäre zu berücksichtigen, daß 8 pCt. von den Bruttoeinnahmen abgegeben werden müßten, und daß nach eingehender Besprechung mit Sachverständigen aus der Speditionsbranche überhaupt kaum ein höheres Erträgnis als die genannte Abgabe erwartet werden könne. Wo es im einzelnen Falle möglich war, habe übrigens auch im abgelaufenen Geschäftsjahre ein Güterverkehr in geringem Umfange stattgefunden. Die Tarifierhöhung sei durchaus notwendig als Ausgleich für die zu erwartenden gewaltigen Lasten sozialer und steuerlicher Art, die die Gesellschaft nach dem Kriege zu erwarten hätte.

Ein anderes Mitglied der Verwaltung antwortete auf die Anfrage nach dem in der Bilanz aufgeführten Guthaben, daß diese zum geringeren Teil aus Guthaben bei Banken beständen, hauptsächlich aber aus Vorschüssen für die Nebenbahnen.

Schließlich bemängelte noch ein Aktionär den hohen Kurs, zu dem die Aktien der Omnibus-Gesellschaft in die Bilanz der Straßenbahn eingesetzt seien. Demgegenüber erklärte die Verwaltung, daß die Aktien der Omnibus-Gesellschaft zum Einstandskurs in der Bilanz aufgenommen sind und daß die Dividendenmöglichkeit des Unternehmens in den geringeren Erträgnissen aus Zinseinnahmen in der Gewinn- und Verlustrechnung zum Ausdruck komme. Außerdem sei die Dividendenlosigkeit der genannten Gesellschaft nur als eine vorübergehende Erscheinung anzusehen.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurde sodann einstimmig durch Zuruf genehmigt, dem Vorstand Entlastung erteilt, die Dividende auf 6 pCt. festgesetzt.

Bei den Aufsichtsratswahlen wurde von einem Aktionär bemängelt, daß die neu zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder den Aktionären unbekannt sein könnten. Er gab daher die Anregung, die Namen der jeweils neu zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder schon im Geschäftsbericht anzugeben, damit die Aktionäre in der Lage wären, in der Generalversammlung gegebenenfalls gegen die Wahl dieser Mitglieder nach vorheriger eingehender Erwägung zu stimmen. Die Verwaltung versprach, dieser Anregung Folge zu geben. Sodann wurden die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Für das verstorbene Aufsichtsratsmitglied Geheimrat Rathenau wurde Geh. Kommerzienrat Felix Deutsch von der A. E. G. neu gewählt, für Bankdirektor Hans Winterfeld Direktor Hjalmar Schacht von der Nationalbank.

Auf die Erörterung der Frage der Tarifierhöhung gehen wir im lokalen Teil der vorliegenden Nummer unseres Blattes ein.

Die Generalversammlung der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, in der als einziger Aktionär die Große Berliner Straßenbahn teilnahm und fast das gesamte Aktienkapital vertrat, genehmigte die Jahresrechnung für 1915, erteilte die Entlastung und wählte in den Aufsichtsrat das ausscheidende Mitglied, Ministerialdirektor Exz. Wiesener, wieder. Die durch den Tod des Regierungsrats Köhler erledigte Aufsichtsratsstelle wurde nicht besetzt. Die Gesellschaft erzielte in 1915 bei einem Betriebs-Ueberschuß von 1 352 693 M. nach Ueberweisung von 87 M. in den gesetzlichen Reservefonds, einen Reingewinn von 1 747 M., um den sich der Gewinn-Vortrag auf 11 216 M. erhöht.